bung der jeweiligen Informationen und nicht alleine der Nennung von Oberbegriffen für die Bezeichnung umweltrelevanter Stellungnahmen, wie z.B. den Oberbegriff „Umweltbericht“. Vor diesem Hintergrund müssen in der Bekanntmachung die umweltbezogenen Informationen näher beschrieben werden. Zur Beurteilung, wann es sich um solche Informationen handelt, kann man sich an den Belangen des Umweltschutzes in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB orientieren.²³ Eine einfache Benennung der betroffenen Belange dürfte allerdings ebenso wenig ausreichen wie die unzulässige Aufzählung der einzelnen Stellungnahmen. Beides ist zu abstrakt, sodass die Anstoßfunktion nicht erfüllt wird. Stattdessen bedarf es einer Beschreibung der betroffenen Belange und einer näheren Erläuterung der Art und Weise der Betroffenheit. Nur so wird das Ziel des § 3 Abs. 2 S. 2 Hs. 1 BauGB erreicht und damit zugleich die Verpflichtungen der Aarhus-Konvention und der ÖBR erfüllt.

6. Fazit

Das Urteil des VG Mannheim ist zu begrüßen. Es konkretisiert die Anforderungen an die Bekanntmachung der „Arten umweltbezogener Informationen“ nach § 3 Abs. 2 S. 2 Hs. 2 BauGB und geht dabei über das Urteil des OVG Berlin hinaus. Der VGH hat mit seiner Auslegung die maßgeblichen Gesichtspunkte berücksichtigt und heraus-

gearbeitet. Ausgangspunkt dafür ist die Anstoßfunktion der Bekanntmachung, wobei die maßgebliche Sicht die der durchschnittlich interessierten Bürger ist. Dadurch ist sichergestellt, dass die Funktionen der Bekanntmachung zur Geltung gebracht werden, nämlich die demokratie- und rechtsstaatliche Funktion. Die durch die Bekanntmachung angestoßene Motivation der Bürger sorgt nämlich dafür, dass diese – ganz im Sinne der Aarhus-Konvention und der ÖBR – ihre eigenen Interessen erkennen und im Verfahren geltend machen. Zugleich wird sichergestellt, dass einerseits das Abwägungsmaterial vervollständigt wird und dass andererseits die durch die Bekanntmachung erreichte rechtzeitige Beteiligung der Betroffenen zu einer größeren Akzeptanz der konkreten Entscheidung beitragen kann. Insoweit ist die Frage nach den Anforderungen an die Bekanntmachung keine formelle Petitesse, sondern ein zentrales Element eines demokratischen und rechtsstaatlichen Entscheidungsverfahrens. Wegen dieser besonderen Bedeutung ist es auch zu begrüßen, dass der VGH Mannheim gegen das Urteil die Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung (§ 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO) zugelassen hat.

23) So auch *Krautzberger*, in: Ernst/Zinkahn, BauGB, 103. Erg.-Lfg., 2012, § 3 Rdnr. 36.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-012-2319-8

Meeresnaturschutz, Erhaltung der Biodiversität und andere Herausforderungen im „Kaskadensystem“ des Rechts

Festgabe zur Emeritierung von Detlef Czybulka; Hrsg. von Thomas Bosecke, Peter Kersandt, Katrin Täufer; Erschienen in der Schriftenreihe Natur und Recht: Band 13, Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2012, 347 Seiten, ISBN 987-3-642-11152-5, 89,95 Euro

Freunde, Kollegen und Schüler widmen *Detlef Czybulka* anlässlich seiner Emeritierung als Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock eine Festgabe zur angemessenen Reflektion seines wissenschaftlichen Lebenswerkes. Von 1993 bis 2011 war er dort Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht. Daneben trug er als Direktor des Instituts für Seerecht und Umweltrecht der Juristischen Fakultät der Universität Rostock sowie als Veranstalter des Warnemünder Naturschutzrechtstags wesentlich zur Entwicklung des Naturschutz- und Umweltrechts, insbesondere auf ökologischer, internationaler und mariner Ebene, bei.

Der Schwerpunkt der Beiträge von namhaften Autoren aus Wissenschaft und Praxis liegt im Meeresnaturschutzrecht, Artenschutzrecht und Staatsorganisationsrecht. Im Bereich des Meeresnaturschutzes untersucht *Täufer* in ihrem Beitrag die Fortschritte bei der Etablierung des Ökosystemansatzes im Zusammenhang mit der Meeresstrategie- Rahmenrichtlinie und listet dabei die Kriterien

und Standards zur Feststellung des guten Umweltstandards von Gewässern auf. *Janssen* befasst sich ebenfalls mit der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und stellt in deren Kontext die Entwicklung einer marinen Raumordnung dar, nachdem bislang noch keine umfassende Raumordnungskompetenz der Europäischen Union in der ausschließlichen Wirtschaftszone besteht. *Kersandt* überprüft in seinem Beitrag die Zulässigkeit von Aquakulturen sowohl in der ausschließlichen Wirtschaftszone als auch im Meeres- und Küstenbereich von Nord- und Ostsee. Dabei befürwortet er die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Aquakulturen auf EU-Ebene im Zuge der Umsetzung der Meeresstrategie- Rahmenrichtlinie.

Im Themengebiet des Artenschutzes und der Erhaltung der Biodiversität erörtert *Louis* eingehend die Grundfragen des Artenschutzrechts, insbesondere die artenschutzrechtlichen Verbote und die davon möglichen Freistellungen. *J. Schumacher* und *A. Schumacher* beleuchten die Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt mit Schwerpunkt auf die Alpenregion und erläutern Reaktionsmöglichkeiten des Naturschutzes zur Erhaltung der Artenvielfalt.

Im Rahmen der Beiträge zum Staatsorganisationsrecht legt *Radespiel* dar, dass mit der Abweichungsbefugnis der Länder im Naturschutzrecht ein Novum geschaffen wurde, dass die Autorin als Experimentalgesetzgebung bezeichnet. *Wagner* stellt fest, dass eine Abweichungsbefugnis der Länder auch im Bereich der Eingriffs- und Ausgleichsregelungen besteht und erläutert die Möglichkeiten zur rechtlichen Sicherung der naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen. Nachdem ebenfalls eine Abweichungsbefugnis der Länder im Wasserrecht besteht, fordert *Peine* die Analyse von neuen Landeswassergesetzen im Hinblick auf die Erfüllung bundesrechtlicher Vorgaben.

Die Festgabe ist aufgrund ihres weiten Spektrums eine Bereicherung für die Rechtswissenschaft. Den Herausgebern und Autoren ist ein facettenreiches Werk gelungen, das die vielseitige wissenschaftliche Tätigkeit von *Czybulka* widerspiegelt.

Ass. jur. Jasmin Nuxoll,
Tübingen, Deutschland